

NDB-Artikel

Müller (-Franken), Hermann Reichskanzler, * 18.5.1876 Mannheim, † 20.3.1931 Berlin-Tempelhof. (konfessionslos)

Genealogie

V Georg Jakob (* 1843) aus Güdingen b. Saarbrücken, Schaumweinfabr. u. Weinhändler, seit 1888 in Niederlößnitz b. Dresden;

M Karoline Vogt (1849-n. 1931, ev.) aus Frankfurt/Main;

• 1) N. N.; 2) Gottliebe Jaeger;

1 T aus 1) Dr. med. Annemarie Wanzlik-Müller, Zahnärztin im Saarland, dann in B., 1 T aus 2) Erika Biermann, Sekr. v. Rudolf Breitscheid.

Leben

M. besuchte in Mannheim und Dresden das Realgymnasium. Wegen Mittellosigkeit mußte er nach dem Tod des Vaters mit dem Einjährigen den Schulbesuch aufgeben und eine kaufmännische Lehre in Frankfurt/Main antreten. Beeinflußt vom Interesse des Vaters an der Philosophie Ludwig Feuerbachs, gelangte M. zur Sozialdemokratie, wo er zunächst dem linken Flügel zugerechnet wurde. Mit dem Eintritt in den Handlungsgehilfenverband, journalistischer Arbeit in der Redaktion der „Görlitzer Volkswacht“ (1899), der Wahl zum Stadtverordneten (1903–06) und Tätigkeit als Unterbezirksvorsitzender begann er eine typische Funktionärslaufbahn. Bebel schlug ihn 1905 vergeblich und 1906 erfolgreich zur Wahl in den Parteivorstand vor. In dieser Zeit wandelte sich M. zum Zentristen, der sich sowohl entschieden gegen die süddeutschen Revisionisten als auch gegen die radikale Linke um →Rosa Luxemburg stellte. Gemeinsam mit Ebert setzte er 1911 die Schaffung des Parteiausschusses durch, der innerparteiliche Probleme zwischen den Parteitagern zu behandeln hatte. In der Wahrnehmung der sozialen Interessen von Arbeitern und Angestellten und dem Eintreten für eine von Friedenswillen bestimmte Außenpolitik sah M. die eigentlichen Aufgaben der Sozialdemokratie. Ruhig und nüchtern, aber ohne jede charismatische Ausstrahlung vertrat er seine Ansichten und war somit dem elanvollen Durchsetzungsvermögen eines Otto Braun unterlegen, dessen Wahl in den Parteivorstand er 1909 vergeblich zu verhindern gesucht hatte. Seither bestand zwischen beiden eine bis tief in die Jahre der Weimarer Republik reichende Animosität. Anerkannt wurden in der Partei und weit darüber hinaus M.s Fleiß und Integrität.

Aufgrund seiner Sprachkenntnisse repräsentierte M. seine Partei bei der II. Internationale und auf Tagungen und Parteitagungen vor allem der westeurop. Schwesterparteien, auf deren Solidarität er noch im Frühjahr 1914 setzte. Ende Juli 1914 wurde er nach Paris entsandt, um mit den franz. Sozialisten über die Verweigerung der Kriegskredite durch beide Parteien zu sprechen. Doch unter dem Eindruck der Ermordung von Jaurès und der franz. Vorbehalte gegenüber dem Druck von deutscher Seite kam keine Vereinbarung zustande. Noch bevor M. der Reichstagsfraktion berichten konnte, hatte diese die Zustimmung zum ersten Kriegskredit beschlossen. In den Kriegsjahren wurde M. vom Parteivorstand in den Streitigkeiten mit der Parteilinken um die Stuttgarter „Tagwacht“ wie auch als Hauszensor des „Vorwärts“ eingesetzt, der durch interne Kontrolle der Artikel ein Verbot durch das Generalkommando verhindern sollte. Zeitweise stand er der Gruppe um Eduard David nahe und stimmte dem Frieden von Brest-Litowsk und dem Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett des Prinzen Max von Baden zu. Während der Revolutionsmonate gehörte er dem Vorstand des Berliner Vollzugsrates an, in dem er u. a. mit seinem Einsatz für die Wahlen zur Nationalversammlung erfolgreich die Auffassungen der Parteiführung vertrat. Seine Erinnerungen an diese Zeit hat M. später in einer Darstellung niedergeschrieben, die seine sonstigen von der Tagespolitik geprägten Zeitungs- und Zeitschriftenartikel weit überragt.

Mit Eberts Wahl zum Reichspräsidenten und Scheidemanns Berufung in das Amt des Ministerpräsidenten wurde die Neuwahl der beiden Parteivorsitzenden der Mehrheitssozialdemokraten erforderlich. Sie fiel auf M. (373 von 376 Stimmen) und Wels (291 Stimmen). Gemeinsam leiteten sie fortan die Geschicke der Partei, wobei Wels vor allem die innere Parteiorganisation lenkte, während M. die Repräsentation nach außen übernahm. In dieser Eigenschaft war er 1919 und 1920-28 Fraktionsvorsitzender und wurde von der Partei für den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages sowie für die Position des Reichsaußenministers (1919/20) und Reichskanzlers (1920, 1928-30) nominiert. Seit 1920 kandidierte er auf der fränk. Parteiliste für den Reichstag.

Nach der Demission Scheidemanns lehnte M. das ihm angetragene Amt des Reichskanzlers ab und übernahm stattdessen im Kabinett Bauer (21.6.1919-26.3.1920) den Posten des Reichsaußenministers. Er erkannte frühzeitig die Notwendigkeit, die alliierten Friedensbedingungen anzunehmen, und unterzeichnete deshalb nicht nur den Vertrag von Versailles, sondern setzte sich auch für die Erfüllung seiner Verpflichtungen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit ein. Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch übernahm M. dann doch den Auftrag zur Regierungsbildung und leitete auf der Grundlage der Weimarer Koalition das letzte Kabinett, das der Nationalversammlung verantwortlich war (27.3.-8.6.1920). In den wenigen Wochen seines Bestehens ließ es die im Gefolge des Märzputsches entstandenen Unruhen im Ruhrgebiet endgültig niederwerfen und trat auf Drängen der Alliierten sowie zur Vorbereitung der Konferenz von Spa für die Entwaffnung der Einwohnerwehren ein. In die jetzt geschaffene zweite Sozialisierungskommission wurden auch Repräsentanten der Unabhängigen Sozialisten aufgenommen, da nach M.s Meinung nur auf diese Weise eine Aussicht bestand, daß die Kommissionstätigkeit von den Arbeitnehmern akzeptiert werde. Die schwere

Niederlage der Weimarer Koalition und insbesondere der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1920 brachte M. dazu, nur halbherzig mit der USPD über eine Koalitionsbildung zu verhandeln. Er teilte die Bedenken, die in seiner Partei gegen eine Zusammenarbeit mit der DVP bestanden, da sie als Sprachrohr der Unternehmer galt und ihre Verfassungsloyalität angezweifelt wurde. Die Sozialdemokraten standen daraufhin innenpolitisch in Opposition zu dem bürgerlichen Kabinett Fehrenbach, während sie es in seiner Reparationspolitik gegenüber den Westmächten unterstützten.

M. trat früh für einen Beitritt zum Völkerbund und eine Hinneigung zum Westen ein. Hingegen kritisierte er die diktatorische Staatsordnung der Sowjetunion sowie deren revolutionäre Ziele und die Unterstützung der deutschen Linksradiكالen durch die Kremelführung. Allerdings lehnte er nach den deutschen Erfahrungen im 1. Weltkrieg eine alliierte Blockade der Sowjetunion ab. Beziehungen zum bolschewistischen Rußland billigte er im ersten Jahrfünft der Weimarer Republik nur, um mit dessen Hilfe eine Integration Oberschlesiens in das wiederentstandene Polen zu verhindern. Im Abkommen von Rapallo sah M. zwar einen echten Friedensvertrag, der jedoch allein im Zusammenhang mit der deutschen Westpolitik Bedeutung erlangen könne. Zugleich warnte er vor hochgespannten ökonomischen Erwartungen, da außer von den USA keine wirkungsvolle Unterstützung für den wirtschaftlichen Aufbau Europas zu erwarten sei.

In der Zeit der Kabinette Wirth (1921/22), an denen auch die Sozialdemokraten beteiligt waren, verlangte M. als Fraktionsvorsitzender, daß bei den Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts eine Belastung des Besitzes den allgemeinen Verbrauchsteuern vorangehen müsse. Dies führte ebenso zu einem Konflikt mit den bürgerlichen Parteien wie die Vereinigung der Sozialdemokraten mit der Rumpf-USPD, was einen deutlichen Linksruck in der großen Arbeiterpartei und, als Reaktion, die Schaffung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zur Folge hatte. In ihr setzte sich die DVP nachdrücklich für die Aufhebung des Achtstunden-Arbeitstages ein, dessen grundsätzliche Beibehaltung im Interesse der Arbeitnehmer von M. verfochten wurde. Die generellen Zweifel der Sozialdemokraten an der politischen Glaubwürdigkeit der DVP und fortdauernde Auseinandersetzungen über die Lösung wirtschaftlicher Fragen führten im November 1922 zum Bruch der Koalition unter Wirth. Auch wenn sich der sozialdemokratische Parteivorsitzende unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung und der Hochinflation, an denen das Kabinett Cuno scheiterte, früh zur Bildung einer Großen Koalition unter Gustav Stresemann bereit erklärte, standen gegensätzliche Positionen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen den Sozialdemokraten und ihren Partnern im Regierungsbündnis von August bis November 1923. Allerdings trat M. Anfang Oktober 1923 für das Ermächtigungsgesetz ein, da er angesichts der extremen Krise keine andere Lösung der Währungs- und Sozialprobleme sah. Zur Zuspitzung der politischen Differenzen und zum Austritt der SPD aus der Regierung kam es dann durch die auch von M. nachdrücklich gerügte Ungleichgewichtigkeit im Vorgehen gegen die sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen einerseits und gegen die rechtsextreme Regierung in Bayern andererseits.

Die Sozialdemokraten, die, wie M. auf dem Parteitag 1924 ausführte, bei Koalitionsentscheidungen weniger eine prinzipielle als eine taktische, auf die Außenpolitik ausgerichtete Haltung einnahmen, befanden sich wieder in Opposition, aus der heraus sie nachdrücklich für die Versöhnungspolitik mit den Westmächten eintraten (Locarno-Politik, Eintritt in den Völkerbund). Als Ende 1926 die Bildung einer Großen Koalition wahrscheinlich wurde, wirkten Intrigen aus dem Reichswehrministerium und Äußerungen vom rechten Flügel der DVP dem Regierungsbeitritt entgegen. Unter diesen Umständen gelangte Otto Braun als preuß. Ministerpräsident zu weitaus höherem Ansehen als M.; doch als bereits vor den Maiwahlen 1928 über die Bildung der neuen Reichsregierung diskutiert wurde, teilte Braun mit, er werde als Kanzler nicht zur Verfügung stehen. Daraufhin bestimmten die Sozialdemokraten, die aus den Wahlen als eindeutige Sieger hervorgegangen waren, noch einmal M. zum Kanzler.

Gerade der Wahlerfolg der Sozialdemokraten bestärkte die bürgerlichen Parteien in ihrer Haltung, bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung eigene Grundsätze keinesfalls preiszugeben, so daß nur durch das Eingreifen Stresemanns am 28.6.1928 ein Kabinett zustande kam, für das sogar erst im Frühjahr 1929 eine Koalitionsaussage formuliert wurde. Die innenpolitischen Gegensätze zwischen den Flügelparteien DVP und SPD dominierten die Regierungstätigkeit von Anfang an, so daß das Fortbestehen des zweiten Kabinetts Müller zu einem erheblichen Teil auf der persönlichen Wertschätzung zwischen M. und Außenminister Stresemann beruhte. Die Auseinandersetzungen über den Panzerkreuzer A, in denen die sozialdemokratische Fraktion ihre Regierungsmitglieder zwang, im Reichstag gegen die Bewilligung zu stimmen, für die diese sich im Kabinett ausgesprochen hatten, und der Ruhreisenstreit, in dessen Verlauf die DVP Hilfen auch für die indirekt Betroffenen des Arbeitskampfes verweigerte, ließen die Gräben zwischen den Koalitionspartnern tiefer werden. Da die vorangehenden Kabinette den deutschen Kreditmarkt völlig ausgeschöpft hatten, bestanden sehr große Schwierigkeiten, Mittel für die Deckung des Haushalts 1929 und die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reichs bereitzustellen. Der Streit darüber, wie die Gelder aufzubringen seien, wurde im Frühjahr 1929 nur dadurch überstanden, daß in den Koalitionsparteien weitgehend Einvernehmen bestand, durch Reparationsverhandlungen verbesserte finanzielle Bedingungen zu erreichen. Die Voraussetzungen hierfür waren im Sommer 1928 geschaffen worden, als M. die deutsche Völkerbundsdelegation in Genf führte. Trotz eines spektakulären rhetorischen Zusammenstoßes mit dem franz. Außenminister Briand über Aufrüstungsfragen konnte M. am Rande der Beratungen erreichen, daß sich die Gläubigermächte bereit fanden, mit der deutschen Seite sowohl über die Lösung des Reparationsproblems als auch über die Räumung des besetzten Rheinlandes zu verhandeln. Die bis Januar 1930 dauernden Erörterungen führten zu einer Senkung der deutschen Reparationszahlungen und der Vereinbarung, das Rheinland im Mai 1930 von allen Besatzungstruppen zu räumen.

Neben diesem außenpolitischen Erfolg, der Unterzeichnung des Young-Plans am 21.8.1929, standen eine Verhärtung der Beziehungen zu Polen wegen handelspolitischer Streitfragen und Auseinandersetzungen

über Minderheitenfragen. Trotz des Weiterbestehens der militärischen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee erreichten die deutsch-sowjet. Beziehungen in dieser Phase einen Tiefpunkt, da in Moskau der Vorwurf erhoben wurde, M. und sein Kabinett seien für die schweren Zusammenstöße zwischen kommunistischen Demonstranten und der Berliner Polizei am 1.5.1929 mitverantwortlich. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits Bemühungen der bürgerlichen Rechtsparteien eingesetzt, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu verdrängen. Standen auch die Koalitionsparteien wieder nebeneinander, als durch das Volksbegehren und den Volksentscheid gegen den Young-Plan (22.12.1929) die politische Radikalisierung von rechts militante Züge annahm, so gab es doch keine Verständigungsmöglichkeiten zwischen ihnen über die Frage, wie das Problem der Arbeitslosenversicherung zu lösen sei. M., der wußte, daß nach der durch das Verhalten von BVP und Zentrum zeitweise in Frage gestellten Annahme des Young-Planes der Fortbestand seines Kabinetts gefährdet war, konnte wenig zur Beilegung des Streites beitragen, da er sich wegen einer lebensgefährlichen Erkrankung über mehrere Monate nicht am politischen Geschehen beteiligen konnte.

Als M. im Herbst 1929 die Geschäfte wieder aufnahm, war er zu geschwächt, um seine Integrationsfähigkeit noch einmal zur Geltung bringen zu können. Die Haushaltslücke, die durch die Verpflichtung des Reiches, die fehlenden Mittel der Arbeitslosenversicherung aufzubringen, bestand, löste einen tiefgehenden Streit in der Koalition aus, in dem die sozial- und wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien nicht mehr zu überbrücken waren. Obwohl M. bereit gewesen wäre, in dieser Problematik einem Kompromiß, den der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Brüning, vorgelegt hatte, zuzustimmen, beugte er sich seiner eigenen Reichstagsfraktion, die zu keinem weiteren Nachgeben bereit war. Weil Reichspräsident v. Hindenburg unter dem Einfluß seiner Berater dem Kabinett den Rückgriff auf das Notverordnungsrecht des Artikels 48 verweigerte, trat M. am 27.3.1930 zurück. Ein knappes Jahr später starb er, ohne in der Öffentlichkeit noch einmal hervorgetreten zu sein. Allerdings hatte er seine Parteifreunde nach den verhängnisvollen Septemberwahlen 1930 aufgerufen, auch ohne Regierungsverantwortung Brüning zu unterstützen.

Werke

Die Novemberrev., Erinnerungen, 1928. |

Nachlass

Nachlaß: Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam; Archiv d. soz. Demokratie d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Literatur

M. Stürmer, Koalition u. Opposition in d. Weimarer Republik 1924-1928, 1967;

M. Vogt (Bearb.), Das Kab. Müller I (Akten d. Reichskanzlei Weimarer Republik), 1971;

ders. (Bearb.), Das Kab. Müller II (Akten ...), 1970;

ders., H. M., in: W. v. Sternburg (Hrsg.), Die dt. Kanzler v. Bismarck bis Kohl, 1994 (P);

H. J. Adolph, Otto Wels u. d. Pol. d. dt. Sozialdemokratie, 1971;

I. Maurer, Reichsfinanzen u. große|Koalition, Zur Gesch. d. Reichskab. Müller (1928-1930), 1973;

S. Miller, Burgfrieden u. Klassenkampf, Die dt. Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg, 1974;

dies., Die Bürde d. Macht, Die dt. Sozialdemokratie 1918-1920, 1979;

H. Potthoff, Gewerkschaften u. Pol. zw. Rev. u. Inflation, 1979;

H. Schulze, Otto Braun od. Preußens demokrat. Sendung, 1977;

H.-A. Winkler, Von d. Rev. z. Stabilisierung, 1984;

ders., Der Schein d. Normalität, 1985;

ders., Der Weg in d. Katastrophe, Arbeiter u. Arbeiterbewegung in d. Weimarer Republik 1930-1933, 1990;

J. Zarusky, Die dt. Sozialdemokraten u. d. sowjet. Modell, Ideolog. Auseinandersetzung u. außenpol. Konzeptionen 1917-1933, 1992;

Rhdb. (P).

Autor

Martin Vogt

Empfohlene Zitierweise

, „Müller, Hermann“, in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 410-414 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
